Kulturelles Wort
Redaktion: Stephanie Pieper

Sendung am: 06.08.2017
19.05 – 19.15 Uhr

NDRkultur

GEDANKEN ZUR ZEIT
Die Abgehängten
Zur aufgeladenen Debatte über "Soziale Ungerechtigkeit"
Von Claus Leggewie

GEDANKEN ZUR ZEIT

Sonntags

19.05 - 19.15 Uhr

Manuskript und Sprechen: Claus Leggewie

Telefon:
0511 / 988-2321

Zur Verfügung gestellt vom NDR

- Unkorrigiertes Exemplar -

Abhängen ist ein vieldeutiges Wort. In der Jugendsprache, in der man dazu lieber chillen sagt, bedeutet es entspannen, faulenzen, herumhängen, nichts tun, zur Ruhe kommen. Gut abgehangen, weil lange gelagert, geräuchert und sich entfaltend, sind Genussmittel, die wir gerne verzehren. Nun ist eine neue Verwendung des Wortes in die politische Sprache eingewandert: das „Abgehängtsein“, ein sozialpolitischer Kampfbegriff von Populisten für Menschen, welche von den üblichen Verdächtigen – das sind Eliten, Finanzkapital, die Politik etc. – ins Abseits gestellt und vergessen worden seien. Und interessanterweise nennen sich die so bezeichneten dann auch selbst „Abgehängte“.

Aus dieser Vogelperspektive gibt es ein klares Oben (die Eliten) und ein klares Unten (das Volk), das sich auch räumlich niederschlägt: reiche Boomtowns versus armes Hinterland, das durch Schrumpfung und Verödung unattraktiv wird. In dem Zusammenhang wird „Urbanität“ zum Codewort für Arroganz, Kälte und Zynismus. Abgehängte stehen, um im Bild zu bleiben, herum wie Waggons, die an einer verlassenen Bahnstation von einem Schnellzug abgekoppelt und vor Jahren dort stehen gelassen wurden. Das sei das Lebensgefühl vieler Menschen „draußen im Lande“, lautet die populistische Opfererzählung.

Ohne Frage: Es gibt solche Gebiete. Man entdeckt sie bei Bahnfahrten in Ost- und Westdeutschland und in vielen Gebieten Europas, wo auf toten Gleisen vor hohläugigen Backsteinbauten rostige Güterwagen stehen, überwuchert vom Unkraut. Industriebrachen, in denen offensichtlich seit Langem nichts mehr hergestellt wird, und ganze Bezirke, in denen sich dergleichen häuft und zu einem Bild allgemeiner Trostlosigkeit fügt. Wo sich länger „broken windows“ (zerbrochene Fensterscheiben) zeigen, hieß einmal eine auf New Yorker Problemviertel bezogene Polizeitheorie, da wachse soziale Anomie, ein Zustand, den schon die Gründer der Soziologie als Krebsgeschwür moderner Gesellschaften identifizierten, als Vorstufen zu ihrem Zerfall und Einfallstor für autoritäre Führergestalten.

Demoskopen und Wahlforscher legen jetzt Karten solcher Zonen über die von Erfolgen populistischer Mandatsbewerber und entdecken starke Überschneidungen, aus denen sich eine Erfolgsgeschichte der Art basteln lässt, wonach die Trumps, Le Pens und Gaulands dort gewinnen, wo Unternehmen dichtgemacht wurden. Sie kassieren, als politische Unternehmer, an Stelle der einst dominierenden Linken von

den Verlierern der Modernisierung und Globalisierung die Stimmen der – ja: der Abgehängten.

Aus der Froschperspektive sieht die Sache weit komplizierter aus als in dem gern gewählten Bild des Aufstands der Peripherie gegen die Metropolen. Drei Aspekte modifizieren das Bild, wenn man es schärfer stellt: Erstens erklärt sich das Gros der Wahlerfolge Donald Trumps und anderer Nationalisten überwiegend aus deren *mittelständischer* Anhängerschaft, weniger aus der Zustimmung freigesetzter und verarmter Lohnarbeiter, sondern von Leuten mit relativ hohem Einkommen, deren Existenzangst andere Anstöße und Ursachen hat. Aber es gibt auch den besagten, von Didier Eribon in seiner Lebensgeschichte „Rückkehr nach Reims" beschriebenen Switch ehemaliger „proletarischer" Arbeitnehmer aus der politischen Familie der Kommunisten und Sozialisten ins Lager der autoritären Nationalisten. Das wäre gewissermaßen eine Fortsetzung des Klassenkampfs mit anderen Zielen, wobei die Zielscheiben jetzt Einwanderer und Flüchtlinge sind, Fremde und Muslime und andere klassische Sündenböcke, die Einheimische angeblich in einem Prozess des großen Bevölkerungsaustauschs verdrängen. Der Inhalt der populistischen Methode ist dann: völkisch-autoritärer Nationalismus.

Dieses Ressentiment spiegelt zweitens weniger ein großflächiges Zentrum-Peripherie- oder Stadt-Land-Gefälle, es ist vielmehr in beiden Zonen vorhanden, also mikropolitisch in den Metropolen ebenso anzutreffen wie im Hinterland und in Städten ebenso intensiv wie auf dem flachen Land. Die sozialökonomische Ungleichheit, deren Indikatoren in der unscharfen Aggregatgröße von Regierungsbezirken ermittelt werden, ist sehr viel kleinteiliger, oft liegen Prosperität und Depression nur wenige hundert Meter auseinander – auch und gerade in Städten, deren Durchschnittseinkommen und Arbeitsmarktzahlen erst einmal keinen Grund zur Besorgnis signalisieren. Und in den strukturschwachen Regionen liegen Räume, die trotz aller Zuwendungen hoffnungslos scheitern, direkt neben solchen, die auch ohne große Fördertöpfe aufblühen, wo es wieder Kindergärten, Dorfläden und Bürgerbusse gibt, nicht zuletzt übrigens wegen des Zuzugs von Flüchtlingsfamilien, die solche benötigen oder betreiben, und eines ehrenamtlichen Engagements, das diese Willkommen heißt.

Ein drittes Fragezeichen ist an der These vom generellen Stadt-Land-Gefälle anzubringen. Das Phänomen der Landflucht aus deindustrialisierten, darunter von der Agrarindustrie verlassenen Räumen ist unbestreitbar, doch es verschärft die sozialen Ungleichheiten und sozialpolitischen Probleme gerade auch in Städten. Dort sind die Durchschnittseinkommen in der Regel höher, aber die Kaufkraft oftmals niedriger. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung fasste eine Zeitung kürzlich in der Formel zusammen: „Stadtluft mag danach zwar im Geiste frei machen, aber arm im Geldbeutel." Solche Städte werden das neue Land, dorthin fordern Oberbürgermeister und Ministerpräsidenten etwa in Nordrhein-Westfalen Struktur- und Regionalmittel künftig zu lenken.

Das französische Beispiel kann die Hypothese vom Abgehängtsein als Ursache oder Anlass nationalistischer Erfolge weiter differenzieren. Die Landkarte des französischen Hexagons belegt auf den ersten Blick die frappierende Übereinstimmung der Anhängerschaft von Marine Le Pen und des Front National mit fünf Indikatoren der Ungleichheit: hohe Arbeitslosenquote, hoher Anteil junger Leute ohne Berufsabschluss, überdurchschnittliche Armutsbevölkerung, eine große Zahl Alleinerziehende und ausgeprägte lokale Ungleichheit. Das betrifft vornehmlich Regionen vom Ärmelkanal bis in den Elsass und dann herunter in einen etwa 100 Kilometer breiten Streifen an der Mittelmeerküste und zurück in das Garonne-Tal zwischen Toulouse und Bordeaux. Le Pens Antagonist Emmanuel Macron hatte spiegelbildlich in den anderen Regionen die Nase vorn.

Doch existieren Regionen und Zonen, in denen die fünf Indikatoren ausgeprägter sind, Le Pen aber unterdurchschnittlich abgeschnitten hat. Wo der Front National also am besten hätte rekrutieren können, obsiegten die anderen Kandidaten, darunter Jean-Luc Mélenchon und seine globalisierungskritische Bewegung. Während Le Pen in Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern zwischen 30 und 40 Prozent der Stimmen bekam, sank ihr Anteil im Großraum Paris auf 5 Prozent; je bedeutender die Wirtschaftskraft und Reputation der Städte ist, desto höher ist der Anteil der Mitte-Links-Wähler. Dort leben, wohl wahr, die meisten leitenden Angestellten und andere gut dotierte Berufsgruppen, aber allein die sozioökonomische Struktur machte den Erfolg Macrons eben nicht aus. Die Botschaft ist vielmehr: Soziokulturelle Einstellungen sind mindestens ebenso wichtig. In den

großen Städten Frankreichs leben Menschen, die trotz geringem Einkommen und Bildungsniveau Frankreich offen halten wollen für Kontakte mit Europa und dem Rest der Welt und für Einwanderung.

Es gibt wohl die „zwei Frankreich“, wie im letzten Wahlkampf immer wieder behauptet wurde. Aber es ist nicht das linke und das rechte, die Stadt oder das Land, die Spaltung verläuft zunehmend zwischen einem Hexagon, das sich schließt, und einem, das offen bleiben will. Die Europa-Karte zu ziehen, war also ein ingeniöser Schachzug Emmanuel Macrons, und man darf annehmen, dass es kein rein taktischer war, sondern dass er seiner tiefen Überzeugung entsprungen war und sich mit den Ambitionen seiner überwiegend jungen Bewegung deckte. Darüber sollte man in Berlin und Brüssel intensiver nachdenken.

Aus den Erfahrungen in Amerika und Europa kann man allgemeine Lehren ziehen: Der uralte Stadt-Land-Gegensatz, genauer jetzt: zwischen prosperierenden Metropolen und ihren Vorstädten, bleibt eine entscheidende Herausforderung der europäischen Gesellschaft. Sozialräumliche Mikrostudien und stadtplanerische Überlegungen, möglichst unter früher Einbeziehung der Betroffenen sind jedoch aussagekräftiger als agglomerierte Zahlen und Projektionen zu Arbeitsmarkt, Sozialtransfers und demografischen Perspektiven. Die Wut und die oft menschenfeindlichen Einstellungen der „Abgehängten“ (und damit sollte man diesen Begriff endgültig verabschieden) werden nur einzudämmen sein erstens durch eine echte Lösung der Wohnungsfrage, die der brutalen Verdrängung der Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen aus den Städten einen Riegel vorschiebt, und zweitens durch eine Infrastrukturpolitik, die Leben und Arbeiten auch auf dem flachen Land wieder attraktiver macht.

Claus Leggewie, 67, ist Politikwissenschaftler und Verfasser der Bücher „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie“ (2009, mit H. Welzer) und „Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie“ (2011)